

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2016

Inhalt

Nachrichten aus der COFACE	1
COFACE lenkt Blick auf familienpolitische Aspekte im Europäischen Semester	1
COFACE bei Expertenkonferenz der Vereinten Nationen in New York.....	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
Europäisches Semester: Kommission legt länderspezifische Empfehlungen vor	1
EP-Ausschüsse arbeiten an Bericht zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf	2
Kinder zunehmend Opfer von Menschenhandel	2
Europäisches Parlament: Mehr Anerkennung für Angestellte in Privathaushalten	3
EFSA überprüft Schädlichkeit von Bisphenol A für Kinder	3
Europäisches Parlament fordert mehr Kooperation in transnationalen Sorgerechtsfällen	3
Parlamentsbericht zur Elternurlaubsrahmenvereinbarung der europäischen Sozialpartner	3
EWSA-Anhörung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	4
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Schweizer Volksinitiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub.....	4
Weitere Nachrichten	4
PICUM veröffentlicht Erfahrungsberichte von Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus.....	4
European Youth Forum: Europa lässt Jugend im Stich.....	4
Berichte und Studien.....	5
Kinderrechtsorganisation Eurochild veröffentlicht Jahresbericht 2015.....	5
Neue Veröffentlichungen des <i>familiesandsocieties</i> Forschungsverbundes.....	5
Studie zur Auswirkung von Onlinewerbung auf Kinder	5
Neue Arbeitspapiere der Beobachtungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen in Europa	6
EP-Studie zu den besonderen Bedürfnissen von geflüchteten Frauen und Mädchen.....	6
Bevorstehende Veranstaltungen.....	6


Nachrichten aus der COFACE



COFACE lenkt Blick auf familienpolitische Aspekte im Europäischen Semester

Die EU-Kommission hat die neuesten länderspezifischen Empfehlungen veröffentlicht (s.u.). Viele der darin enthaltenen Maßnahmen, die auf nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum abzielen, haben familienpolitische Relevanz. Die COFACE hat einen Überblick über die entsprechenden Passagen erstellt, der beispielsweise für Deutschland die Empfehlung zitiert, Fehlanreize zu reduzieren, die dazu führen, dass die „zuverdienenden“ Ehepartner nicht stärker am Erwerbsleben teilnehmen.

- [Zum Artikel auf den Seiten der COFACE](#)

COFACE bei Expertenkonferenz der Vereinten Nationen in New York

Annemie Drieskens, Präsidentin der COFACE, hat am 13. Mai bei der UN-Expertenkonferenz „Familienpolitik und die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung“ in New York das COFACE Papier „The role of civil society organizations in the achievement of the Sustainable Development Goals (SDGs)“ vorgestellt. Aufbauend auf den Ergebnissen der COFACE-Konferenz, die im April in Amsterdam stattgefunden hatte (vgl. EuropaNews [4/2016](#) ) , präsentierte sie aktuelle Forschungsergebnisse, innovative Projekte aus den Mitgliedsverbänden sowie politische Handlungsempfehlungen zu der Frage, welchen Beitrag zivilgesellschaftliche Organisationen dazu leisten können, die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu erreichen.

- [Zum Papier „The role of civil society organizations in the achievement of the Sustainable Development Goals \(SDGs\)“](#)  

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europäisches Semester: Kommission legt länderspezifische Empfehlungen vor

Die EU-Kommission hat im Mai ihre länderspezifischen Empfehlungen vorgelegt. Sie sind Teil des Europäischen Semesters, das der Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitiken dient, und stellen eine Richtschnur für künftige Reformvorhaben in den Mitgliedstaaten dar. Die Kommission kritisiert für Deutschland erneut den hohen Leistungsbilanzüberschuss und fordert mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation. Zudem solle die Bundesregierung Ineffizienzen im Steuersystem abbauen und mehr Wettbewerb im Dienstleistungssektor zulassen. Familienpolitische Relevanz haben insbesondere zwei Empfehlungen, die auf eine stärkere Arbeitsmarktintegration von Frauen abzielen: Deutschland solle zum einen „steuerpolitische und krankensicherungsbedingte Fehlanreize für Zweitverdiener abbauen“ und zum anderen den Übergang von Mini-Jobs zu regulärer Beschäftigung erleichtern, indem Geringverdienende steuerlich entlastet werden. Die COFACE hat für weitere europäische Länder die Empfehlungen mit Familienbezug zusammengefasst (s.o.)



Die europäische Kinderrechtsorganisation Eurochild bezeichnet die Empfehlungen als „verpasste Chance im Kampf gegen Kinderarmut“. Lediglich für Portugal werde auf die Reduktion von Kinderarmut verwiesen. Dies sei umso verwunderlicher, als die Themen Kinderarmut und das Wohlergehen von Kindern in den Länderberichten, auf die sich die Empfehlungen beziehen, durchaus Beachtung gefunden hätten. Eurochild

begrüßt jedoch die Empfehlungen für Rumänien, Bulgarien, Tschechien, Ungarn und die Slowakei, die auf einen besseren Bildungszugang für Kinder aus Romafamilien abzielen.

Das Europäische Netzwerk gegen Armut hebt in einer Pressemitteilung positiv hervor, dass die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in den 2016er Empfehlungen einen höheren Stellenwert einnehme als im Jahr zuvor.

- [Zu den Dokumenten des Europäischen Semesters auf den Seiten der EU-Kommission](#) 

EP-Ausschüsse arbeiten an Bericht zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die für Geschlechterfragen sowie das Arbeitsleben zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments arbeiten gemeinsam an einem Bericht, der den Standpunkt des Parlaments zur Vereinbarkeitspolitik der Kommission wiedergibt. Im letzten Jahr hatte die Kommission einen Fahrplan zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorgelegt und daraufhin eine öffentliche Konsultation zum Thema durchgeführt (vgl. EuropaNews [8/2015](#)  und [12/2015](#) ). Die Berichterstellerinnen betonen, dass die Vereinbarkeit des beruflichen mit dem Privat- und Familienleben ein Grundrecht darstelle. Zum Engagement für mehr Vereinbarkeit müsse auch gehören, einen neuen Entwurf für die Mutterschutzrichtlinie vorzulegen und generell die familienbedingten beruflichen Auszeiten zu etablieren und auszubauen. Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben sowie mehr Entgelt- und Chancengerechtigkeit seien der Zugang zu bezahlbaren und hochwertigen sozialen Dienstleistungen.

Die Kommissionsinitiative wird parallel auch von den europäischen Wirtschafts- und Sozialverbänden diskutiert. Auf dem Blog des Verbändezusammenschlusses *Social Platform* findet sich ein Bericht von einem Fachgespräch, das die unterschiedlichen Positionen der Akteure widerspiegelt.

Die COFACE hat zum Berichtsentwurf bereits eine kurze Stellungnahme verfasst. Darin werden fünf Punkte besonders begrüßt. 1) Die Lebensverlaufsperspektive des Entwurfs, 2) die Einschätzung, dass die technischen Möglichkeiten für mehr Vereinbarkeit sowohl Chancen als auch Risiken bieten und dass 3) Vereinbarkeit nicht mit der Bereitstellung von Kinderbetreuung gleichzusetzen sei, 4) die Notwendigkeit einer europäischen Vorgabe für elternschaftsbedingte berufliche Auszeiten sowie 5) die Überwachung und Überprüfung entsprechender Maßnahmen in den Mitgliedstaaten durch die EU.

- [Zum Berichtsentwurf](#)  
- [Zum Blogbeitrag auf den Seiten der Social Platform](#) 
- [Zur Stellungnahme der COFACE](#) 

Kinder zunehmend Opfer von Menschenhandel

Die EU-Kommission hat einen Bericht zu Menschenhandel vorgelegt, nach dem insbesondere die Zahl der Kinder, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, stark zugenommen hat. 2011 hatte die EU eine Richtlinie eingesetzt, um die Zahl der Ermittlungen und der strafrechtlichen Verfolgung von Tätern zu erhöhen, geeignete Verfahren für die frühzeitige Identifizierung und den Schutz der Opfer einzuführen und Maßnahmen zur Verhinderung des Menschenhandels zu verstärken. Der nun vorgelegte Fortschrittsbericht kommt zu dem Schluss, dass die Mitgliedstaaten die bestehenden EU-Regeln besser umsetzen müssen.

Mit dem gleichen Thema beschäftigt sich der aktuelle Monatsüberblick der EU-Grundrechtsagentur FRA. Dessen Fokus liegt auf der Frage, wie die betroffenen Menschen besser geschützt werden können.

- [Pressemitteilung mit Links zu ausführlicheren Informationen](#)
- [Zum "Monthly Overview" der FRA](#) 

Europäisches Parlament: Mehr Anerkennung für Angestellte in Privathaushalten

Das Europäische Parlament fordert eine bessere EU-weite Anerkennung der Arbeit, die weibliche Angestellte in Privathaushalten leisten, sowie eine Absicherung ihrer Rechte. Ein entsprechender Bericht, der Ende April im Plenum verabschiedet wurde, kritisiert, dass die Nationalstaaten bislang zu wenig für diese Ziele getan hätten. Sie müssten außerdem bezahlbare und hochwertige Betreuungsangebote für Kinder und Pflegebedürftige ausbauen, um Anreize für die Inanspruchnahme illegaler Pflegeleistungen abzubauen.

- [Zur EntschlieÙung](#)

EFSA überprüft Schädlichkeit von Bisphenol A für Kinder

Die Europäische Lebensmittelsicherheitsagentur EFSA befasst sich mit der Wirkung der Chemikalie Bisphenol-A (BPA) auf das Immunsystem insbesondere von Föten und Kleinkindern. Um neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu bewerten, wurde eine internationale Expertenarbeitsgruppe eingerichtet. Zudem hat sich die EFSA verpflichtet, die Arbeit für eine neue Gefahrenbewertung für BPA aufzunehmen, sobald im Jahr 2017 die Ergebnisse einer amerikanischen Studie vorliegen. Das endgültige Gutachten soll 2018 fertiggestellt werden. Teil dieses Verfahrens wird auch eine öffentliche Konsultation sein, an der sich Interessenvertreter aus Behörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft beteiligen können.

- [Zur Pressemitteilung mit weiterführenden Links](#)

Europäisches Parlament fordert mehr Kooperation in transnationalen Sorgerechtsfällen

Um transnationale Sorgerechtsstreitigkeiten besser und schneller zu bearbeiten, fordert das Europäische Parlament spezialisierte Kammern in Familiengerichten. Am 28. April 2016 verabschiedete es als Reaktion auf zahlreiche Petitionen eine (nicht bindende) EntschlieÙung zum Schutz des Wohls von Kindern in grenzüberschreitenden Familiensachen. Die hohe Zahl der Petitionen zeige, dass Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Brüssel-IIa-Verordnung bestünden, die unter anderem die Zuständigkeit sowie die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen regelt. Bestehende Lücken in der Verordnung gelte es bei der bevorstehenden Überarbeitung zu schließen.

- [Zur EntschlieÙung](#)

Parlamentsbericht zur Elternurlaubsrahmenvereinbarung der europäischen Sozialpartner

Das Europäische Parlament setzt sich dafür ein, dass die von den europäischen Sozialpartnern geschlossene Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub in den Mitgliedstaaten besser umgesetzt wird. In einer entsprechenden EntschlieÙung fordert es eine Familienpolitik, die eine sanfte Rückkehr in den Beruf nach der Elternzeit und generell eine bestmögliche Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben ermöglicht. Gleichzeitig müsse die Politik für Unternehmen Planungssicherheit gewährleisten und insbesondere die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigen. Das Parlament fordert u.a. die Kommission und die Sozialpartner auf, zu prüfen, ob sich die Mindest-Elternzeit von vier auf sechs Monate verlängern lässt. Zudem müssten die Bestimmungen der Richtlinie für Eltern von Kindern mit einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit verbessert werden. Grundsätzlich sollten die Mitgliedstaaten, eine hochwertige, inklusive und bezahlbare Kinderbetreuung vorhalten, die ab dem Moment verfügbar ist, in dem die Eltern auf den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen.

- [Zum Bericht](#)

EWSA-Anhörung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Bei einer Anhörung vor dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) am 17. Mai 2016 diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention innerhalb der EU. Die Vereinten Nationen hatten 2015 diesbezügliche Empfehlungen formuliert. Inwiefern und auf welche Weise diese umzusetzen sind, wird zurzeit in den EU-Institutionen verhandelt. Auch der EWSA arbeitet an einer Stellungnahme. Aus der EU-Kommission hieß es nun, die internen Konsultationen seien nahezu abgeschlossen, nun seien juristische Fragen mit den Mitgliedstaaten zu klären. Man wolle jedoch insgesamt keinen neuen Weg einschlagen, sondern die bis 2020 ausgerichtete aktuelle Strategie mit einigen Verbesserungen fortsetzen. Kritisiert worden war unter anderem der Umgang mit geflüchteten Menschen mit Behinderung in der aktuellen Flüchtlingskrise, weiterhin bestehende Barrieren beim Berufseinstieg, mangelnde Diskriminierungsverbote und das Fehlen eines EU-weiten und alle Institutionen umfassenden Aktionsplans. Eine Vertreterin des EU-Parlaments kündigte an, das Parlament werde eine eigene Antwort an die UN verfassen, um die Bedeutung der Konvention zu unterstreichen sowie die Kritik einiger zivilgesellschaftlicher Akteure anzuerkennen, dass sich die Situation von Menschen mit Behinderung in einigen Mitgliedstaaten seit dem Beitritt zum UN-Übereinkommen eher verschlechtert als verbessert habe.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweizer Volksinitiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub

Nachdem im April ein Vorhaben, das einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub ermöglichen sollte, in der schweizerischen Bundesversammlung gescheitert ist, hat der Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse zusammen mit den Verbänden männer.ch, Alliance F und Pro Familia eine Volksinitiative für einen „Papiurlaub“ von vier Wochen gestartet. Bisher gibt es für Väter keine geregelte Auszeit anlässlich der Geburt eines Kindes, für Mütter stehen 14 Wochen Mutterschaftsurlaub zur Verfügung. Die Volksinitiative ist ein Instrument der direkten Demokratie in der Schweiz. Für einen Erfolg müssen innerhalb von 18 Monaten 100.000 Unterschriften gesammelt werden.

Weitere Nachrichten

PICUM veröffentlicht Erfahrungsberichte von Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus

PICUM, die Plattform für internationale Kooperation zu Migranten ohne legalen Status in Europa, hat eine neue Serie gestartet, in der betroffene Kinder und Jugendliche von ihrer Situation berichten. Die Erfahrungsberichte werden auf Englisch, Französisch und Spanisch verfügbar sein.

- [Zu den Erfahrungsberichten auf den Seiten von PICUM](#) 

European Youth Forum: Europa lässt Jugend im Stich

Die europäischen Wohlfahrtsstaaten haben keine Antwort auf die Frage, wie sich die neuen sozialen Risiken absichern lassen, denen junge Menschen ausgesetzt sind. Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht des Europäischen Youth Forums, der Ende Mai unter dem Titel „Social inclusion and young people – excluding youth: a threat to our future“ erschienen ist. Das europäische Sozialmodell biete jungen Menschen nicht nur

geringe Unterstützung, sondern verhindere darüber hinaus, dass sie wirtschaftlich von ihren Familien oder dem Sozialsystem unabhängig werden können. Viele Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre hätten sie überproportional betroffen.

- [Zum Bericht](#)  

Berichte und Studien






Kinderrechtsorganisation Eurochild veröffentlicht Jahresbericht 2015

Als Vertreterin von 178 Mitgliedsorganisationen in 32 europäischen Ländern setzt sich Eurochild auf der EU-Ebene für Kinderrechte ein. Welche konkreten Aktivitäten dies im Jahr 2015 umfasste, lässt sich anhand des neuen Jahresberichts der Organisation nachvollziehen.

- [Zum Bericht](#)  

Neue Veröffentlichungen des *familiesandsocieties* Forschungsverbundes


Auf den Internetseiten des europäischen Forschungsverbundes *familiesandsocieties* finden sich neue Veröffentlichungen zum Thema Familie.

- Ein [Arbeitspapier](#)   beschäftigt sich mit der Frage welchen Einfluss die Trennung der Eltern auf den schulischen Erfolg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat und inwiefern sich die Ergebnisse je nach Herkunft unterscheiden. Die empirischen Daten wurden in Schweden erhoben.
- Ein [Policy Brief](#)   fasst aktuelle Forschungsergebnisse dazu zusammen, wie Gesetze und politische Maßnahmen die Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen den Generationen (innerhalb von Familien) verändern.
- Neue [Artikel](#)  beleuchten unter anderem den Zusammenhang von Arbeitsqualität, Geschlechterbildern und Geburtenverhalten oder den Widerspruch zwischen der normativen Verpflichtung und der tatsächlichen Unterstützung, die Töchter ihren Eltern gegenüber leisten.

Studie zur Auswirkung von Onlinewerbung auf Kinder

Im Auftrag der EU-Kommission hat sich ein breit angelegtes internationales Forschungsprojekt mit dem Einfluss von Onlinewerbung auf Kinder beschäftigt. Der Abschlussbericht beschreibt, auf welchen Wegen Kindern Werbung im Internet ausgesetzt sind, und überprüft, inwiefern diese Werbung Auswirkungen auf das Verhalten hat. Die Eingriffsmöglichkeiten der Eltern werden ebenso thematisiert wie die gesetzlichen Vorschriften in Europa. Die *executive summary* enthält abschließend politische Handlungsempfehlungen, um Kinder besser zu schützen.

Auch die COFACE befasst sich damit, wie Kinder das Internet nutzen und wie sie zu einem verantwortlichen Umgang mit dem Internet befähigt werden können. Auf der COFACE-Internetpräsenz wird von einer Tagung in London zum Thema Familie und „Bildschirmzeit“ berichtet, die im Mai in London stattfand.

- [Zur Meldung auf den Seiten der Kommission mit Links zu weiterführenden Dokumenten](#) 
- [Zum Tagungsbericht auf den COFACE-Internetseiten](#) 

Neue Arbeitspapiere der Beobachtungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen in Europa

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen in Europa hat neue Arbeitspapiere veröffentlicht. Sie befassen sich mit der deutschen LGBTI-Politik im EU-Vergleich, muslimischer Wohlfahrtspflege in Österreich und den Niederlanden sowie der Regulierung von Prostitution in verschiedenen europäischen Staaten.

- [Zu den Veröffentlichungen der Beobachtungsstelle](#)

EP-Studie zu den besonderen Bedürfnissen von geflüchteten Frauen und Mädchen

Der EP-Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) hat eine Studie zu den Aufnahmebedingungen von weiblichen Flüchtlingen und Asylsuchenden in der EU veröffentlicht. Sie bietet Hintergrundinformationen zur Situation von weiblichen Flüchtlingen und Asylsuchenden in der EU im Allgemeinen und nimmt deren besondere Bedürfnisse und die damit verbundenen Anforderungen an die Aufnahmeeinrichtungen in den Blick. Das Fallbeispiel Belgien vertieft die Analyse, aus der Handlungsempfehlungen für die Mitgliedstaaten abgeleitet werden.

- [Zur Studie](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
20.-21. Mai 2016 Strasbourg, Frankreich	European Youth Event	Europaparlament
24. Mai Bern, Schweiz	Fachtagung „ Änderungen in der Organisation der Arbeit: Flexibilisierung und Digitalisierung. Was hat es für Konsequenzen für die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit? “	Pro Familia Schweiz
16. Juni Brüssel, Belgien	From the Delors White Paper (1993) to the EU Pillar of Social Rights (2016), what future for the fight against poverty in Europe?	EAPN
17.-19. Juni, Trient, Italien	63rd Annual International ICCFR Conference „ Strong Families – Strong Communities “	ICCFR
5.-7. Juli 2016 Brüssel, Belgien	Konferenz „ Children’s Rights Matter: Why Europe needs to invest in children “	Eurochild
26. Juli - 1. Aug. 2016 Caux, Schweiz	CATS Conference – Local to Global: How Will We Influence Policy?	CATS
28. Juni - 1. Juli 2016 Paris, Frankreich	Youth Forum Academy: Empowering, Mobilising, Connecting	European Youth Forum
30. Juni - 1. Juli 2016 Talinn,	„ Are we there yet? Assessing progress, inspiring action – the Council of Europe Gender Equality Strategy 2014-2017 “	Council of Europe

22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongresses und 2. CYC Weltkonferenz " <u>Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families</u> "	FICE
13.-15. Sep. 2016 Edinburgh, Schottland	<u>"Unlocking the Potential of Short Breaks"</u> , 10th International Short Break Conference	ISBA
11.-13. Okt. 2016 Vilnius, Litauen	2016 ISSA Conference " <u>Early Childhood in Times of Rapid Change</u> "	ISSA

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30-2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

